

Nachwahlen

Weitere 2 Nachwahlen zu den Parlamenten der Bundesstaaten Trengganu und Johor fanden am 24.6. und 5.8. statt. Bei der ersten in Teluk Pasu, einem fast ausschließlich malayischen, ländlichen Wahlbezirk, verlor die malayische Regierungspartei UMNO (Baru) ihr bisheriges Mandat knapp an die Parti Islam (PAS). Bei der zweiten in Tambatan, einem ethnisch gemischten Wahlbezirk mit ein 35% Anteil chinesischstämmi-

ger Bevölkerung, konnte sich UMNO (Baru) gegen den Kandidaten der Semangat '46 behaupten.

Der Sieg des Kandidaten von PAS, Harun Taib, war die erste Bewährungsprobe des im Frühjahr gebildeten Wahlbündnis Angkatan Perpaduan Ummah - APU - (Bewegung für die Einheit des Glaubens), zu der sich PAS und die Semangat '46 - die Anti-Mahathir-Fraktion der alten UMNO unter Tunku Razaleigh Hamzah - zusammengeschlossen hatten. Bisher war

dieser Wahlbezirk immer fest in den Händen der alten UMNO gewesen, und nur die massive Unterstützung im Wahlkampf ermöglichte Harun den Sieg mit 141 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat.

Beobachter sehen in diesem Wahlergebnis, daß die malayische Wählerschaft seit der Auflösung der alten UMNO in zwei etwa gleich große Lager gespalten ist. Eine Rekord-Wahlbeteiligung von 86,2% unterstreicht die Bedeutung. Die Regierungspartei hatte noch ver-

sucht, mit der Schenkung von 2000 Fahrrädern an Schulkinder die Stimmen für sich zu gewinnen. Als jedoch die Wahlhelfer feststellten, daß einige der Eltern Mitglieder der Semangat '46 sind, holten sie die Fahrräder wieder zurück.

In Tambatan wurde der Sieg Abdul Kadir Annuars von UMNO (Baru) nach Auffassung von Beobachtern durch die Stimmen der chinesischstämmigen Bevölkerung erreicht. Kadir erhielt dabei vor allen von der zweitgrößten Partei in der Regierungskoalition, Malaysian Chinese Association - MCA - (Malaysische Vereinigung der Chinesen), im Wahlkampf Unterstützung. MCA-Wahlhelfer behaupten, daß zwischen 60-70% der abgegebenen chinesischen Stimmen für Kadir gewesen seien. Insgesamt war die Wahlbeteiligung mit 63,5% ziemlich gering.

Die Opposition, bestehend aus dem Wahlbündnis APU, der Democratic Action Party - DAP - und der Parti Sosialis Rakyat - PSRM - , hatte sich auf einen Kandidaten der Semangat '46, den pensionierten General Jaafar Onn geeinigt. Jaafar Onn ist Bruder des ehemaligen Premierminister Hussein Onn und Sohn des Gründungspräsidenten der alten UMNO. Das Wahlergebnis macht laut Beobachtern deutlich, daß auch in Zukunft die Kandidaten von Mahathirs Partei kaum noch allein mit den Stimmen der Malayen werden gewinnen können.



Die malayische Opposition - PAS und SEMANGAT '46

(Foto aus: ALIR Vol.9 No.8, S. 2)

Reaktionen auf die Ereignisse in China

Die Ereignisse in China wurden vor allem in der chinesischsprachigen Presse des Landes ausführlich verfolgt. Während sich die Regierung vorerst nicht dazu äußerte, gab es eine Reihe von Solidaritätsbekundungen mit den Opfern des Massakers in Beijing. Studenten der University of Malaya, Mitglieder der DAP und anderer Gruppierungen legten Kränze vor der Botschaft der VR China nieder. Protestschreiben u.a. von der Reformbewegung ALIRAN sowie der DAP gingen an die chinesische Regierung.

Erst am 12. Juni wurde eine Stellungnahme des stellvertretenden Innenministers veröffentlicht, in welcher er androhte, daß er Organisationen und Individuen, die die Demokratiebewegung in China moralisch unterstützen, genauer beob-

achten lassen will. Die Regierung befürchte, daß Aktionen die Sicherheit des Landes gefährden könnten. Malaysier hätten keinen Grund die Demokratiebewegung in China zu unterstützen. In einigen Ländern seien die Chinesen nur vorübergehend, aber die Chinesen in Malaysia seien Bürger des Landes.

Aber unter der malaysischen Bevölkerung scheint es nicht nur Empörung sondern auch Verständnis und Zustimmung für das Vorgehen der chinesischen Regierung in Beijing zu geben. So veröffentlichte die Monatszeitschrift ALIRAN-MONTHLY eine Replik auf einen im Vormonat erschienenen Artikel über das Beijing Massaker, in der der Verfasser u.a. die Auffassung vertrat, daß das Eingreifen des Militärs schlimmeres verhüten hätte.

Auch die Börse in Kuala Lumpur reagierte empfindlich mit all-

gemeinen Kursrückgängen auf die Ereignisse in China.

vgl. FEER 24.8.89 S.16f; ALIR Vol.9 No.6,7 1989; Rocket Vol. 22 issue 4 S.10f; MB 16.6.89 S.3

Malaysia zu US-Militärbasen in Singapur

Das Angebot des Premierministers von Singapur, Lee Kuan Yew, an die USA, in seinem Stadtstaat Militäranlagen zur Entlastung der Militärbasen in den Philippinen zu installieren, ist anfänglich auf scharfe Ablehnung Malaysias gestoßen. Der kleine Luftraum über Singapur würde bei einem Luftwaffenstützpunkt notwendigerweise dazu führen, daß die Flugzeuge über malaysisches Territorium fliegen müßten, wie auch über indonesisches. Ähnliches würde für die Flotte gelten. Außerdem befürchtet Malaysia, daß durch eine ständige Präsenz von US-Militär andere

vgl. FEER 6.7.S.18f, 17.8.89 S.23; AW 7.7.S.23, 18.8.89 S.26f

Mächte von außerhalb in die Region kommen würden.

Der Premierminister Malaysias, Mahathir Mohamad, erläuterte jedoch später die Position seines Landes in einem Interview gegenüber einer US-Zeitung. Malaysia wende sich entschieden gegen ständige US-Militärstützpunkte in Singapur, habe aber nichts gegen die Einrichtung von Reparatur und Unterstützungseinrichtungen einzuwenden. Malaysia wäre selbst bereit, den USA letzteres zur Verfügung zu stellen. Mahathir befürwortete in dem Interview auch die Anwesenheit von US-Militär in den Philippinen und hielt einen Abzug zur Zeit für verfrüht.

vgl. FEER 24.8.89 S.14; AW 1.9.89 S.21ff

Übertritt zum Islam von Minderjährigen

Am 19.7. verabschiedete das Parlament des Bundesstaates Selangor eine Gesetzesänderung, nach der minderjährige, nicht-islamische Kinder ohne die Zustimmung ihrer Eltern zum Islam übertreten dürfen. Nach islamischem Recht dürfen Personen, die erwachsen geworden sind, zum Islam übertreten. Erwachsene sein im Sinne des islamischen Rechtes fängt allerdings bereits mit dem Einsetzen der Pubertät an, also im Alter von 9 bis 14 Jahren. Nicht-islamische Eltern sind beunruhigt über ein solches Gesetz, da es bedeuten könnte, daß sie keinerlei Einfluß mehr auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder haben.

Umstritten ist, ob dieses Gesetz im Einklang mit der Bundesverfassung Malaysias steht. Religionsangelegenheiten liegen laut Verfassung in den Händen der Regierungen der Bundesstaaten. Die Verfassung besagt aber auch, daß für Personen unter 18 Jahren die Eltern oder Erziehungsberechtigten die Religionszugehörigkeit bestimmen. Widersprechen Gesetze eines einzelnen Bun-

desstaates der Verfassung oder Bundesgesetzen, so gilt die Verfassung bzw. das Bundesgesetz.

Der Malaysian Council of Buddhism, Chistianity, Hinduism and Sikhism (Malaysische Gemeinsame Rat für ...) geht davon aus, daß das neue Gesetz nicht verfassungsgemäß ist. Auch der Präsident der Reformbewegung ALIRAN, Chandra Muzaffar, selbst Konvertit, vertritt die Auffassung, daß dieses Gesetz dem Geiste des Islamischen Rechts widerspricht, denn der Islam verbiete die Aufhebung der Shariah (=islamische Gesetze) für Nicht-Muslime.

Nicht-Muslime in Malaysia fühlen sich in den letzten Jahren zunehmend bedrängt und verunsichert durch die verstärkten Versuche von islamischer Seite, islamische Gesetze als allgemeinverbindlich zu erklären, bzw. sie in die allgemeine Rechtsprechung einzuarbeiten. Seit Juni letzten Jahres sind die Entscheidungen von Religionsgerichten selbst vor dem obersten Gericht nicht mehr anfechtbar. vgl. FEER 3.8.89; AW 11.8.89

Zukunft des "malaysischen" Autos ungewiß

Zum ersten mal kündigte der nationale Automobilhersteller, Perusahan Otomobil Nasional - Proton -, an im letzten Rechnungsjahr Gewinne erwirtschaftet zu haben. 32,5 Mio. M\$ sollen die Gewinne betragen gegenüber Verlusten von 58,5 Mio. M\$ im Vorjahr. Für das laufende Jahr werden Gewinne von 120 - 130 Mio. M\$ erwartet. Dem gegenüber stehen allerdings noch 133 Mio. M\$ Schulden.

Die Firma Proton gehört zu 70% dem staatlichen Unternehmen Heavy Industries Corp. Malaysia - HICOM - und 30% dem japanischen Multi Mitsubishi. Der von ihr verkaufte PKW "Saga" wird zum größten Teil aus in Japan von Mitsubishi gefertigten Teilen montiert, die allerdings zollfrei importiert werden können. Alle übrigen Automobil Montagewerke in Malaysia müssen 40% Zoll auf die importierten Teile zahlen. Deshalb konnte Proton mit seinen Sagas innerhalb von den 4 Jahren seiner Existenz bereits über 70% des Marktanteils mit 42.300 verkauften PKWs ver-

buchen. Proton gilt als besonders Lieblingsprojekt des Premierministers Mahathir Mohamad zum Aufbau einer heimischen Automobilindustrie. Fraglich bleibt, ob Proton auch in Zukunft ein profitables Unternehmen bleibt. Sein Beitrag zur nationalen Industrialisierung bleibt gering, denn trotz Beteuerungen, den Anteil der im Land produzierten Teile für das Auto zu erhöhen, ist der Anteil nach wie vor gering und eigentlich handelt es sich um ein Fahrzeug von Mitsubishi mit anderem Namen. Der niedrige Verkaufspreis läßt daher nur aufgrund der Zollbefreiung halten. Der Markt für Automobile in Malaysia ist für Proton bald ausgeschöpft, sodaß nur ein Export eine Steigerung der Umsätze ermöglichen könnte. Versuche auf den US amerikanischen Markt einzusteigen schlugen wegen der harten Konkurrenz vollkommen fehl. Auch hat Mitsubishi wenig Interesse an Exporten, weil Proton damit in Konkurrenz zu anderen von Mitsubishi exportierten PKWs steht. vgl. FEER 3.8.89 S.40f

Neuer Gewerkschaftsbund gegründet

Am 12.6.89 bildete sich ein neuer Gewerkschaftsdachverband, die Malaysian Labour Organisation - MLO - (Malaysische Arbeiter Organisation), die ihre staatliche Anerkennung als Verein beantragte. In der MLO sind bisher 16 Einzelgewerkschaften zusammengefasst mit insgesamt ca. 146.000 Mitgliedern. Die National Union of Bank Employees - NUBE - (Nationale Gewerkschaft der Bankangestellten) und die Union of Newspaperworkers - NUNW - (Nationale Gewerkschaft der Zeitungsarbeiter) gelten dabei als federführend. Letztere ist aus dem seit 40 Jahren bestehenden Malaysian Trade Union Congress - MTUC - (Malaysischer Gewerkschaftskongress) ausgetreten, der mit 146 (von insgesamt ca. 400) Gewerkschaftsverbänden rund eine halbe Million Lohnabhängige repräsentiert und bisher der einzige Dachverband war. Hintergrund dieser erstmalig gelungenen Neugründung eines

2. Gewerkschaftsdachverbandes ist die im Frühjahr laut gewordene Unzufriedenheit mit der größten Einzelgewerkschaft im MTUC, der National Union of Plantation Workers (vgl. SOAI 2/89, S.26), welche die Regierung Mahathirs zum Anlaß für verstärkte Angriffe gegen den MTUC nahm. Sie warf dem MTUC nach der diesjährigen 1. Mai Veranstaltung, auf der trotz Einladung keine Vertreter der Regierungsparteien sprachen, vor, als politisches Werkzeug der Opposition zu dienen. In einer Reihe von öffentlichen Erklärungen des Premierministers Mahathir Mohamad und anderer seiner Minister wurde immer wieder die Notwendigkeit eines neuen Gewerkschaftsdachverbandes hervorgehoben, falls der MTUC seine Aufgaben nicht richtig erfüllen könnte. Es sei dann auch die Pflicht der Regierung, die Beschäftigten bei einer solchen Gründung zu unterstützen. Am 25.5. wurde sogar auf der ersten Seite der Tageszeitung "New Straits Times" berichtet, daß das Arbeitsministe-

rium bereits ein genaues Modell für einen neuen Dachverband ausgearbeitet hat, das sich an dem von Singapur orientiert, wo der Generalsekretär ein Regierungsminister ist. Der augenblickliche Generalsekretär V. David ist Parlamentsabgeordneter der oppositionellen Democratic Action Party -DAP, ebenso der stellvertretende Präsident Ahmad Nor. Beobachter sehen in der Gründung der MLO einen Versuch der Regierung, deren führende malaysische Partei UMNO bisher im wesentlichen ihre Anhängerschaft auf dem Land hat, mehr Anhänger unter den städtischen Lohnabhängigen zu gewinnen. Hinzu kommt, daß inzwischen führende Posten im MTUC auch von Malayen eingenommen werden, im Gegensatz zu früheren Zeiten, als die Gewerkschaftsfunktionäre im wesentlichen Malaysier indischer Abstammung waren. Die MLO sieht sich offen als Konkurrent zum MTUC deren Mitgliedsorganisationen sie abwerben will. Sie wird nach eigenen Angaben in ihrem Verband

aus den Schwächen des MTUC Lehren ziehen. Um eine dominierende Stellung von großen Mitgliedergewerkschaften zu verhindern, soll die Delegiertenzahl eines Mitgliedsverbandes beschränkt werden. Sie wird sich nicht in Politik einmischen und Politiker dürften keine wesentlichen Funktionärsposten einnehmen. Dem Registrator für Vereine hat sie die Namen von Individuen angegeben und nicht die der Gewerkschaften, da über den Beitritt zu einem Dachverband laut Gewerkschaftsgesetz eine Delegiertenkonferenz entscheiden muß. In Malaysia unterliegen Gewerkschaften laut Gesetz weitgehenden Einschränkungen, sowohl durch die Registrierungsbehörde als auch dem Arbeitsministerium. So gibt es schon seit über 10 Jahren keine Zulassung für eine Gewerkschaft der rund 80.000 Beschäftigten in der Elektronik-Industrie, was Anfang Juni sogar offiziell von der ILO angemahnt wurde. vgl. AW30.6.89, S.22; MB 16.7.89; Rocket Vol.22 Issue 4,5; ALIR Vol.9 No.7 S.2ff

Studentenkongreß behindert

Auf Anweisung des Bildungsministers Anwar Ibrahim wurden etwa 40 Studenten an der Teilnahme an einem gemeinsam von der Student Union von ITM und Universiti Kebangsaan organisierten Kongresses am 8.7. durch Polizei gehindert. Nach Vorstellung der Veranstalter sollte der Kongreß für alle Studenten zugänglich sein. Die Genehmigung für den Kongreß wurde bereits im März erteilt. 6 Tage vor dem Termin untersagte das Ministerium in einer mündlichen Anweisung die Teilnahme von Studenten anderer Hochschulen. Trotzdem hielten die Veranstalter an ihrer Einladung an alle Studenten der örtlichen Hochschulen fest, da sie keine schriftliche Anweisung des Ministers erhalten hatten. Sie protestierten gegen das Vorgehen des Ministeriums und wiesen darauf hin, daß Anwar zu seiner Studienzeit als Stu-

dentenfürer ebenfalls von den Behörden an der Teilnahme an einem Studentenkongreß der Universiti Kebangsaan gehindert wurde.

Anwar war selbst als Redner zu dem Kongreß eingeladen worden, was er anfänglich abgelehnt hatte. Erst als er von Plänen der Veranstalter erfuhr, an seiner Stelle Tengku Razaleigh Hamzah, den Hauptgegner des Premierministers Mahathir Mohamad, einzuladen, sagte er doch zu.

Auf dem Kongreß von Studenten nach der Begründung für diese politische Einmischung durch das Ministerium gefragt, habe Anwar geantwortet, daß es nicht klug sei, den Universitäten hundertprozentige Autonomie zuzugestehen. Das sei selbst in den Universitäten der USA nicht der Fall. Im übrigen können die anderen Universitäten jeweils ihre eigenen Kongresse veranstalten. vgl. Rocket Vol.22 issue 5 S.2

Frauenworkshop im ländlichen Sarawak

13 Frauen aus 7 verschiedenen Langhäusern in Sarawak kamen Mitte Juni zu einem 3tägigen Workshop zusammen. Die Veranstalter, die Society of Christian Service - SCS -, wollten dadurch erreichen, daß Landfrauen gemeinsam zum Ausdruck bringen, was es bedeutet, als Frau im ländlichen Sarawak zu leben, und diskutieren, wie sie als Frauen in ihrer Gemeinschaft besser eingreifen können. Alle Teilnehmerinnen kamen aus bäuerlichen Haushalten, waren verheiratet und hatten Kinder. Die meisten konnten weder lesen noch schreiben.

Bei der Vorstellungsrunde fiel es einigen Teilnehmerinnen schwer, ihren eigenen Namen zu nennen, da es ungewöhnlich für eine verheiratete Frau ist, mit ihrem eigenen Namen angesprochen zu werden. Sie waren zum ersten mal in einem Workshop nur unter Frauen. Bei den Erzählungen über ihre persönliche Entwicklung wurde bei allen gemeinsam deutlich, daß sie in den ersten Jahren nach ihrer Heirat am meisten Schwierigkeiten hatten. 2 Frauen wurden in einem frühen Alter bereits zur Heirat gezwungen. Knapp die Hälfte hatte Schwierigkeiten, sich in die Familie

ihres Ehemanns zu integrieren, insbesondere bei Abwesenheit des Ehemanns, wenn dieser außerhalb bei Holzfirmen arbeiten müße. 4 Frauen unterlagen einer Doppelbelastung durch den Haushalt und die Kindererziehung einerseits und einer Arbeit zum Geldverdienen andererseits.

Im Verlauf des Workshops wurde deutlich, daß die Umweltveränderungen durch Bergbau und Plantagen, insbesondere aber auch durch den massiven Holzeinschlag, schwerwiegende Auswirkungen sowohl auf die Existenzgrundlage des Langhauses als auch auf die sozialen Beziehungen in der Gemeinschaft haben. Die Frauen können auf solche Prozesse nach ihrer eigenen Einschätzung nur sehr wenig Einfluß nehmen.

Am Schluß des Workshops brachten einige Frauen zum Ausdruck, daß sie sich traurig und unwohl fühlten angesichts der Probleme, denen sie sich ausgesetzt sehen. Der Gedanke, daß sie nicht die einzigen sind, die damit fertig werden müßten, beruhigte sie ein wenig. Sie wollten die beim Workshop gemachten Erkenntnisse in ihre Gemeinschaft einbringen. vgl. SCS Nr.35, April-June 1989, S.4f



(Foto aus Nadi Insan 28, 1981)

Keine Rechtsmittel mehr beim ISA

Am 26.6. verabschiedete das malaysische Parlament eine Gesetzesvorlage der Regierung zur Änderung des Internal Security Act - ISA (Gesetz zur Inneren Sicherheit). Danach sind grundsätzlich keine Rechtsmittel mehr vor einem ordentlichen Gericht gegen Maßnahmen der Regierung nach dem ISA zulässig. Entsprechende Gesetzesänderungen wurden beim Emergency Ordinance (Notverordnungen) und dem Dangerous Drugs (Gefährliche Drogen) Act vorgenommen. Der ISA ermöglicht die Inhaftierung ohne Anklage und Gerichtsbeschluss für 60 Tage durch die Polizei, wenn die innere Sicherheit bedroht ist. Auf Anordnung des Innenministers kann diese Inhaftierung um 2 Jahre ausgedehnt und dann unbegrenzt alle 2 Jahre erneuert werden. Die Gesetzesänderung wurde mit 96 Stimmen der Regierungskoalition gegen 26 der Oppositionspartei DAP und einiger unabhängiger Abgeordneter verabschiedet. Bei den unabhängigen Abgeordneten handelte es sich um die ehemaligen Mitglieder der alten UMNO, Ibrahim Ali, Datuk Radzi Sheikh und Datuk Sharir Samad. Teng-

ku Razaleigh Hamzah, ehemals Minister und heute schärfster Gegner des Premierministers Mahathirs im Lager der Malayen, sowie Datuk Musa Hitam, ebenfalls ehemaliger Minister, Ex-Kritiker Mahathir Mohamad und heute wieder Abgeordneter der Regierungspartei, waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Nun braucht die Gesetzesänderung nur noch die Zustimmung des Staatsoberhauptes, dem Yang di-Pertuan Agong (Wahlkönig) Azlan Muhibuddin Shah, der selber einmal höchster Richter des Landes gewesen und gegenüber der Regierung Mahathirs eine distanziertere Haltung einnimmt. Allerdings könnte eine Verweigerung der Zustimmung nur das Inkrafttreten des Gesetzes hinauszögern, bei parlamentarischer Mehrheit aber nicht verhindern.

Die Regierung begründete diese erneute Änderung des ISA - bereits im Juli 1988 wurde eine vorgenommen (vgl. SOAI 3/88, S.33) - damit, daß sie für die Sicherheit und öffentliche Ordnung im Land zuständig sei. Sie müsse nach ihrer Einschätzung angemessene Maßnahmen gegen Bedrohungen ergreifen, nicht das Gericht. Wenn ein Gericht eine Inhaftierung nach dem ISA in Frage stellen kön-

ne, müsse die Regierung sie begründen, wobei dann im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit geheimzuhaltende Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden bekannt werden könnten.

Hintergrund dieses Vorgehens sind 4 erfolgreiche Habeas Corpus Verfahren bei ISA-Verhaftungen seit Anfang 1987. Dabei waren 2 Personen nach ISA wegen Wirtschaftsdelikten und Rauschgiftschmuggel verhaftet worden. 2 weitere im Rahmen der "operation lallang" (vgl. SOAI 4/87 - 2/88). Allerdings sind bisher in den überwiegenden Fällen von ISA-Verhaftungen Habeas-Corpus-Anträge von den Gerichten abgelehnt worden. Hinzu kommt, daß es im letzten Jahr zu schweren Konflikten zwischen der Regierung und der Judikative gekommen ist, wobei der höchste Richter des Landes sowie 2 weitere Richter des Obersten Gerichtshof auf Betreiben der Regierung abgesetzt wurden. Außerdem hat auch das Parlament in Singapur im Februar dieses Jahres eine ähnliche Gesetzesänderung vorgenommen.

Mit scharfen Protesten reagierten sowohl die im Parlament vertretene Oppositionspartei DAP als auch der Bar Council

(Anwaltskammer) auf diese Gesetzesänderung. Der Generalsekretär und Parlamentsabgeordnete der DAP, Lim Kit Siang, - selber erst kürzlich nach 18 Monaten aus ISA-Haft entlassen - fragte die Regierung, wieso die Regierungen in den letzten 32 Jahren den richterlichen Ermessensspielraum und seiner Weisheit trauen konnten und nun nicht mehr. Die Machtausübung nach dem ISA müsse vor Gerichten angefochten werden können, sonst würden der Innenminister und die Polizei mit den Zaubersworten "nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung" sich selbst zum Gesetz machen. Er erklärte, daß eigentlich nicht eine Änderung des ISA anstünde, sondern seine Abschaffung. Sein Fraktionskollege und bekannter Menschenrechtsanwalt, Karpal Singh, forderte in seiner Rede vor dem Parlament den Yan di-Pertuan Agong auf, seine Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage zu verweigern. S. Theivanthiran, Präsident des Bar Council sagte, daß mit den Änderungen des Gesetzes der Exekutive die absolute Macht über die Freiheit der Bürger in die Hand gelegt wird. Auch die Reformbewegung ALIRAN sowie die christlichen Kirchen protestierten.

vgl. FEER 6.7.89, S.19; AW 14.7.89, S.31; MB 16.7.89, S.15; NST 21.7.89, S.24.6.89; ALIR Vol.9, No.6,7 (1989); Rocket Vol.22, Issue 5, 1989

Kurzmeldungen

- **900 Bootflüchtlinge** wurde zwischen dem 25.5. und 7.7. von der malaysischen Küstenpolizei mit ihren Booten **ins Meer zurückgezogen**. Dabei handelt es sich nach Angaben des malaysischen Außenministeriums um ein Vorgehen der örtlichen Polizei, das nicht auf Anweisungen von oben erfolgte. (FEER 3.8.89 S.27)

- **Malaysia und Thailand** wollen gemeinsam im Südchinesischen Meer östlich ihrer gemeinsamen Grenze **Erdöl fördern**. Damit ist ein langjähriger Streit über die Förderrechte in einem 7.200 qkm großen Gebiet beigelegt. (FEER 10.8.89 S.59)

- Ein Vertrag über die Errichtung einer Anlage zur **Umwandlung von Erdgas in Dieselöl, Kerosin und Naphtha** in Bintulu, Sarawak, wurde am 23.8. zwischen Shell Malaysia, Mitsubishi, der Regierung Sarawaks und der malaysischen staatlichen Erölgesellschaft Petro-

nas abgeschlossen. Die Errichtung dieser in der Welt erstmals kommerziell genutzten Anlage wird 1,8 Mrd. M\$ kosten und soll Ende 1992 die Produktion aufnehmen. (FEER 31.8.89 S.65)

- Das 98.000 ha große Urwaldgebiet von **Endau-Rompin** im Grenzgebiet zwischen Johor und Pahang soll von den Parlamenten der Bundesstaaten **zum Naturpark** erklärt werden. In einer "Pufferzone" von 110.000 ha um das Gebiet herum, soll nur kontrollierter Holzeinschlag zugelassen werden. Der Park soll von Behörden des Bundesstaates kontrolliert werden. Die Errichtung eines Naturparks in dem Gebiet wird schon seit langem von Umweltschützern gefordert. (FEER 21.7.89 S.38)

- **Gruppenreisen in die VR China** sind seit einiger Zeit für Personen im Alter von über 30 Jahren zulässig. Dabei muß eine Gruppe von

20 Personen von einem Beamten der Special Branch - SB - (Sonderabteilung der Polizei = Geheimpolizei) begleitet werden, um zu gewährleisten, daß die Touristen und die guten Beziehungen zwischen Malaysia und China nicht gefährden. (Rocket Vol.22 Issue 5 S.20)

- **6 Ibans und Kenyahs** wurden am 22.7. von der Polizei wegen Behinderung des Holzeinschlags in einem Lager in Ulu Baram, Sarawak, **verhaftet**. Sie hatten bei Ankunft der Polizei Traktoren der Holzfirma Syarikat Samling Timber Sdn. Bhd. besetzt gehalten. (Borneo Bulletin 29.7.89)

- **Freiwillige Entwicklungshelfer für Penans** will die Regierung des Bundesstaates Sarawak einsetzen, um das Volk der Penans in die allgemeine Entwicklung des Landes einzugliedern. 20 freiwillige Penans sollen in Landwirtschaft, Erwachsenenbildung, Gemeinwe-

senarbeit und Haushaltsführung ausgebildet und gegen Aufwandsentschädigung in 10 Siedlungen in Baram, Belaga und Limbang für 2 Jahre eingesetzt werden. Nach einer einjährigen Vorstudie fanden die Behörden heraus, daß die Penans Hilfe von ihren eigenen Leuten in Anspruch nehmen würden. (Borneo Bulletin 5.8.89)

- Am 21.7. wurde der 39jährige Brite Derrick Gregory **wegen Rauschgiftschmuggels hingerichtet**. Er war im Oktober 1982 mit 567 Gramm Heroin von der Polizei aufgegriffen worden und wurde am 6.3.87 vom High Court in Penang zum Tode verurteilt. Seine Berufung vor dem Obersten Gericht blieb erfolglos, wie auch ein Gnadengesuch. Gregorys Hinrichtung ist die 13. in den ersten 7 Monaten dieses Jahres wegen Rauschgift-delikten. (AI-Urgent-Action v.21.7.89)